

Antrag

der Abgeordneten Laurenz Meyer (Hamm), Thomas Bareiß, Veronika Bellmann, Carl-Eduard von Bismarck, Alexander Dobrindt, Marie-Luise Dött, Ingrid Fischbach, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), Erich G. Fritz, Dr. Michael Fuchs, Dr. Reinhard Göhner, Ursula Heinen, Ernst Hinsken, Robert Hochbaum, Klaus Hofbauer, Hartmut Koschyk, Gunther Krichbaum, Dr. Martina Krogmann, Andreas G. Lämmel, Eduard Lintner, Wolfgang Meckelburg, Dr. Michael Meister, Hans Michelbach, Henry Nitzsche, Franz Obermeier, Eduard Oswald, Henning Otte, Rita Pawelski, Ulrich Petzold, Dr. Joachim Pfeiffer, Ronald Pofalla, Eckhart Rehberg, Dr. Heinz Riesenhuber, Dr. Norbert Röttgen, Albert Rupprecht (Weiden), Ingo Schmitt (Berlin), Thomas Silberhorn, Christian Freiherr von Stetten, Lena Strothmann, Michael Stübgen, Andrea Astrid Voßhoff, Kai Wegner, Matthias Wissmann, Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ludwig Stiegler, Dr. Rainer Wend, Dr. Angelica Schwall-Düren, Doris Barnett, Kurt Bodewig, Dr. Lale Akgün, Klaus Barthel, Dr. Axel Berg, Ute Berg, Willi Brase, Edelgard Bulmahn, Ulla Burchardt, Martin Dörmann, Garrelt Duin, Hans Eichel, Rainer Fornahl, Gabriele Groneberg, Rolf Hempelmann, Petra Hinz (Essen), Gerd Höfer, Christel Humme, Lothar Ibrügger, Josip Juratovic, Hans-Ulrich Klose, Dr. Bärbel Kofler, Volker Kröning, Ute Kumpf, Christian Lange (Backnang), Lothar Mark, Markus Meckel, Marko Mühlstein, Andrea Nahles, Joachim Poß, Dr. Sascha Raabe, Steffen Reiche (Cottbus), Gerold Reichenbach, Christel Riemann-Hanewinckel, Walter Riester, Michael Roth (Heringen), Axel Schäfer (Bochum), Heinz Schmitt (Landau), Olaf Scholz, Ottmar Schreiner, Reinhard Schulz (Everswinkel), Dr. Martin Schwanholz, Rita Schwarzelühr-Sutter, Dr. Ditmar Staffelt, Dr. Rainer Tabillion, Jörg Tauss, Hans-Jürgen Uhl, Andreas Weigel, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Dr. Margrit Wetzel, Andrea Wicklein, Engelbert Wistuba, Dr. Wolfgang Wodarg, Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Manfred Zöllmer, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD

Das Nationale Reformprogramm Deutschland und die Lissabon-Strategie weiterführen – Wirtschaftswachstum und Beschäftigungspolitik zum Erfolg führen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesregierung hat im August dieses Jahres den Umsetzungs- und Fortschrittsbericht 2006 zum Nationalen Reformprogramm im Kabinett verabschiedet. Mit dem Nationalen Reformprogramm 2005 bis 2008 wurde eine wirt-

schaftspolitische Strategie vorgelegt, um durch Innovations- und Investitionsanreize mehr Wachstum und Beschäftigung zu erreichen. Dies ist Teil der Lissabon-Strategie der Europäischen Union, die das Ziel hat, die europäische Wirtschaft zur attraktivsten der Welt für Investoren, Hersteller, Arbeitskräfte und Verbraucher zu entwickeln. Mehr Wachstum schafft Wohlstand, Beschäftigung und eine Erhöhung des Verteilungsspielraums. Unternehmerische Investitionen schaffen Arbeitsplätze.

Im letzten Jahr wurde deutlich, dass die ursprünglichen Lissabon-Ziele hinsichtlich internationaler Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum, Beschäftigung und sozialem Zusammenhalt im ursprünglichen Zeitrahmen nicht zu erreichen sind. Bereits der Kok-Bericht gab wesentliche Impulse zur Neuausrichtung und Konzentration der Reformstrategie auf nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung, auf die Anhebung des Bildungsniveaus, auf die systematische Intensivierung der Anstrengungen im Bereich Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten sowie auf das Drei-Prozent-Ziel für Forschung und Entwicklung bis 2010.

Die Neuausrichtung muss der Bedeutung des sozialen Zusammenhalts für das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell angemessen Rechnung tragen. Der Deutsche Bundestag unterstützt die sozialpolitische Dimension der Lissabon-Strategie und die Sozialpolitische Agenda der EU 2006 bis 2010. Für den sozialen Zusammenhalt ist dabei wichtig, die Dienste von allgemeinem Interesse im Kommunal- und Sozialbereich zu wahren und weiterzuentwickeln.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sich darauf verständigt, in einem Dreijahresrahmen die Grundzüge ihrer Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik abzustimmen. Die Nationalen Reformprogramme bilden dafür die Grundlage. Der Deutsche Bundestag unterstreicht seine Ansicht, dass zur Gewährleistung einer günstigeren Wettbewerbsposition der EU vor allem die in den Zukunftstechnologien – wie Informations- und Telekommunikationstechnologien, Elektronik, Umwelttechnologie, Bio- und Nanotechnologie – liegenden Potenziale noch besser ausgeschöpft werden müssen. Darüber hinaus müssen Innovationsprozesse, die von der Grundlagenforschung bis hin zu neuen Produkten, Verfahren und Dienstleistungen reichen, stärker unterstützt werden. Die Verwirklichung der Wissensgesellschaft ist nur mit einer ziel-, auch mittelstandsorientierten Förderung von Forschung und Entwicklung, einer besseren Verzahnung von Forschung und Wirtschaft sowie mit deutlichen Verbesserungen im Bildungs- und Weiterbildungsbereich zu erreichen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass es gelungen ist, einen wirtschaftspolitischen Rahmen zu entwickeln und diesen eng mit umfassenden Reformmaßnahmen in den Bereichen Arbeit und soziale Sicherungssysteme zu verknüpfen. Die Reformen auf dem Arbeitsmarkt zeigen Wirkung. Die Beschäftigungsquote von Frauen hat mit 59,6 Prozent das in Lissabon gesetzte Ziel von 60 Prozent im Jahr 2010 fast erreicht. Auch die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer ist seit dem Start der Lissabon-Strategie deutlich von 37 Prozent auf über 45 Prozent angestiegen. Die Konjunkturerholung in Deutschland und der EU gewinnt an Fahrt. Zusammen mit den Maßnahmen zur nachhaltigen Sicherung der öffentlichen Finanzen wurden so die Voraussetzungen geschaffen, um die Wachstumskräfte der Wirtschaft zu aktivieren und Beschäftigungschancen zu eröffnen.

Diese Wachstums- und Beschäftigungsstrategie ist gekennzeichnet durch:

- Stärkung des Binnenmarktes,
- Aktivierung des Innovationspotenzials der Wirtschaft,
- Verbesserungen der Bedingungen für Investitionen und Finanzierungen,
- Ausrichtung der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik auf Wachstum und Beschäftigung,

- gezieltes Fordern und Fördern zur Integration in den Arbeitsmarkt,
- bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- Stärkung von Spitzen- und Querschnittstechnologien mit breitem Anwendungspotenzial,
- Stärkung der Bildungssysteme und des lebenslangen Lernens,
- Straffung und Effizienzverbesserung der Strukturen der sozialen Sicherungssysteme,
- Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Ziel einer dergestalt integrierten Wirtschafts-, Finanz-, Arbeits-, Sozial-, Forschungs- und Bildungspolitik muss es sein, das Wachstum zu stabilisieren, die Rahmenbedingungen für Unternehmen so zu verbessern, dass sie ihr Potenzial voll entfalten, im Wettbewerb bestehen können und der soziale Zusammenhalt gewahrt bleibt. International konkurrenzfähige Unternehmen und gut ausgebildete Arbeitskräfte sind ein Garant für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Der Deutsche Bundestag unterstreicht, dass für die Zukunft Deutschlands die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und des Kapitalstocks der Unternehmen, die zielorientierte Förderung von Forschung und Entwicklung, die Verbesserung des gesamtgesellschaftlichen Bildungs- und Ausbildungsniveaus, der Ausbau von Infrastruktur, die Erhaltung des sozialen Zusammenhalts, die Sicherung und Verbesserung der Umweltqualität und die Sicherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Staates von entscheidender Bedeutung sind.

Gleichzeitig mit der Lissabon-Strategie verfolgt die EU eine Strategie der nachhaltigen Entwicklung (Göteborg). Die Lissabon-Strategie ist damit um die Umweltdimension erweitert worden. Eine Strategie der nachhaltigen Entwicklung ist geeignet, zusätzliche Innovationsimpulse im Sinne der Hinwendung zu Effizienz steigernden sowie modernen, kostensparenden Umwelttechnologien zu liefern und daraus Wettbewerbsvorteile zu schaffen.

Aufgrund seiner hohen außenwirtschaftlichen Verflechtung hat Deutschland ein großes Interesse an einem freien und fairen Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr. Deutschland soll von einer weiteren Öffnung der Märkte profitieren. Deshalb muss unser Land nicht nur am Erfolg der Lissabon-Strategie interessiert sein, sondern auch an der weiteren positiven Entwicklung der Weltwirtschaft, die auch der Bevölkerung zugute kommt. Aus diesen Gründen beobachtet der Deutsche Bundestag mit Sorge die schleppende Entwicklung der Doha-Runde der Welthandelsorganisation WTO.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Bundesregierung eine Mittelstandspolitik betreibt, die weitere Entlastungen vorsieht, wie z. B. durch Streichung von überflüssigen Vorschriften, die Stärkung der Innovationsfähigkeit und die Erleichterung und Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten der mittelständischen Wirtschaft. Ein wichtiges Ziel ist es, das selbständige Unternehmertum in Deutschland stärker zu fördern. Unsere rund 3,4 Millionen mittelständischen Unternehmen stellen etwa 70 Prozent der Arbeitsplätze und 80 Prozent der Ausbildungsplätze. Der Mittelstand steht deshalb zu Recht im besonderen Fokus bei den Anstrengungen zur Modernisierung unserer Wirtschaft.

Der Deutsche Bundestag teilt die Einschätzung der Bundesregierung, wonach die Europäische Union ihre Ziele erreichen und ihren Lebensstandard weiter ausbauen kann, wenn die verabredeten und notwendigen Reformen von allen Mitgliedsländern nach gleichen Spielregeln eingehalten und umgesetzt werden. Er begrüßt den vorliegenden Umsetzungs- und Fortschrittsbericht 2006 und anerkennt die bisher erzielten Erfolge bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- mit der innerstaatlichen Umsetzung der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung fortzufahren und die Rahmenbedingungen für Investitionen, Innovation, Produktion und Dienstleistungen weiter zu verbessern, ohne in den Anstrengungen zur Reduzierung des strukturellen Defizits des Staatshaushaltes nachzulassen, um so mehr Wachstum zu generieren und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken;
- einen Gesetzentwurf für eine Unternehmensteuerreform vorzulegen, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland und die Eigenkapitalbildung der Unternehmen stärkt und zugleich durch die Einschränkung steuerlicher Gestaltungsmöglichkeiten die deutsche Steuerbasis nachhaltig sichert;
- die konsequente Konsolidierung der öffentlichen Haushalte mit dem Ziel ausgeglichener Haushalte weiter voranzubringen und die Qualität der öffentlichen Finanzen insgesamt zu verbessern;
- die kleinen und mittleren Unternehmen enger in die Lissabon-Strategie mit einzubeziehen, damit sie neue Wachstumsmärkte im In- und Ausland erschließen sowie Innovationen schnell und erfolgreich in neue Produkte und Verfahren umsetzen können;
- insbesondere die Schaffung besserer Rahmenbedingungen für Unternehmen weiter voranzutreiben, da zusätzliche Investitionen Beschäftigung schaffen, mehr Wachstum und mehr Beschäftigung als gleichwertige Ziele der Lissabon-Strategie zu verfolgen und für eine Beschäftigungspolitik einzutreten, die den gesellschaftlichen Konsens und den sozialen Zusammenhalt stärkt;
- der Modernisierung des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells, der Erhöhung der Beschäftigung, der Verringerung der Arbeitslosigkeit und Verminderung von Armut und sozialer Ausgrenzung weiterhin höchste Aufmerksamkeit beizumessen;
- die Strukturreformen am Arbeitsmarkt gemäß dem Leitbild des aktivierenden Sozialstaates voranzutreiben, eine moderne Arbeitsmarktintegration zu verwirklichen und die nachhaltige Integration von Langzeitarbeitslosen und Benachteiligten in den Arbeitsmarkt zu gewährleisten;
- die Initiative neue Qualität der Arbeit (INQA) als deutschen Beitrag zur Lissabon-Strategie für „mehr und bessere Arbeitsplätze“ auszubauen;
- die sozialen Sicherungssysteme demographiefest zu machen;
- die Integration junger Menschen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gemeinsam mit den Unternehmen prioritär fortzuführen und weiterzuentwickeln;
- die gezielte Unterstützung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen auch der Initiative „50 plus“ weiterzuführen, um älteren Arbeitnehmern Langzeitarbeitslosigkeit zu ersparen;
- eine Bildungsoffensive zur Sicherung der Innovationsfähigkeit in Deutschland zu starten und dabei unter anderem die Weiterbildung zu einer echten vierten Säule des Bildungssystems auszubauen, das Bildungssparen zu unterstützen, das Nachholen von Schul- und Berufsabschlüssen zu fördern und neue Hilfen für bildungsferne und sozial benachteiligte Schichten anzubieten;
- der Niedriglohnsektor ist grundsätzlich zu überprüfen. Es ist sicherzustellen, dass die Unterstützung zielgenau die wirklich Bedürftigen unterstützt. Die bisher festgestellte Steigerung der Frauenerwerbsquote (59,6 Prozent) ist unter dem Blickwinkel des Niedriglohns zu bewerten. Denn der Erwerbstätig-

- genanteil von Frauen gibt allein keinen hinreichenden Aufschluss über ihre tatsächliche Beteiligung am Erwerbsleben. Arbeitszeit und Arbeitsvolumen müssen berücksichtigt werden. Durch geeignete Maßnahmen muss das Ziel der Existenz sichernden Erwerbstätigkeit für alle weiter verfolgt werden;
- die bessere Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf über die „Allianz für Familie“, die zwischen der Bundesregierung und den Wirtschaftsverbänden geschlossen wurde, voranzutreiben;
 - die Beschäftigungsquote von Frauen zu erhöhen, indem die Strategie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf fortgesetzt wird. Die Einführung des Elterngeldes und der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen sind die notwendigen und richtigen Schritte auf diesem Weg;
 - die Erschließung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungspotenzialen zu forcieren und dabei Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft zu reduzieren;
 - die Schaffung besserer Rahmenbedingungen für Unternehmen und den Bürokratieabbau auf nationaler und EU-Ebene als zentrales Anliegen der Bundesregierung weiterzuverfolgen, damit Wachstumshemmnisse abgebaut und die Investitionstätigkeit – auch aus dem Ausland – weiter zunimmt. Das selbständige Unternehmertum muss noch stärker gefördert werden. Der Normenkontrollrat und das Standard-Kosten-Modell sollten schnellstmöglich zum Einsatz kommen, um unnötige Kosten für die Wirtschaft zu vermeiden;
 - im Herbst des Jahres einen zweiten Gesetzentwurf zur Entlastung der mittelständischen Wirtschaft vorzulegen, um insbesondere kleine und mittlere Unternehmen von Bürokratiekosten zu entlasten;
 - durch die Umsetzung der High-Tech-Strategie innovationsfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen und so darauf hinzuwirken, dass Wirtschaft und Länder die Vorleistung des Sechs-Milliarden-Programms des Bundes aufnehmen. Ziel ist, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung gemeinsam mit Ländern und Wirtschaft bis zum Jahr 2010 auf 3 Prozent des BIP zu steigern und dabei insbesondere Zukunftstechnologien wie Biotechnologien, Informations- und Kommunikationstechnologien, Umwelt- sowie Nano- und Mikrosystemtechnologien zu berücksichtigen;
 - eine wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen, die auf nachhaltiges Wirtschaften zielt, Rohstoffe schont, auf die Herausforderungen des Klimawandels reagiert sowie das Wachstum der Weltbevölkerung angemessen berücksichtigt;
 - den Erhalt und Ausbau von Straßen, Schienen und Wasserstraßen durch eine Verstärkung der Investitionen zu gewährleisten und mit einer verkehrsträgerübergreifenden Verkehrspolitik die Mobilität von Menschen und Gütern zu sichern;
 - die europäischen Städte und ihre Regionen und ihren Beitrag zu Wachstum und Innovation zu stärken, um die nachhaltige Stadtentwicklung, die Wettbewerbsfähigkeit und den sozialen und territorialen Zusammenhalt zu unterstützen;
 - eine Energiepolitik zu gewährleisten zu Gunsten einer langfristig kostengünstigen, sicheren und verbraucherfreundlichen Energiepolitik, die klimaschonend und umweltfreundlich ist und die Produktionskosten senken hilft. Es ist sicherzustellen, dass die deutsche Wirtschaft in ihrer Wettbewerbsfähigkeit nicht benachteiligt ist und dass Privathaushalte und Unternehmen bei ihren Energiekosten nicht überfordert werden;
 - die im Grünbuch „Energieeffizienz“ der EU angeregten Maßnahmen über die nationale Förderung der Energieeffizienz in die Diskussion einfließen zu las-

- sen und ggf. mit den vorhandenen technischen Möglichkeiten weiter voranzutreiben;
- die Reformanstrengungen und Effizienzsteigerungen bei den sozialen Sicherungssystemen weiter voranzutreiben, um der demographischen Entwicklung hinreichend gerecht zu werden und Generationengerechtigkeit sicherzustellen;
 - die notwendigen Initiativen zu ergreifen, um trotz der Unterbrechung der WTO-Welthandelsrunde bi- und multilaterale Marktöffnungen voranzutreiben, Handelsverzerrungen und Handelsbarrieren zu beseitigen und der Notwendigkeit eines fairen, auf die Integration der Entwicklungsländer gerichteten Welthandels, gerecht zu werden. Die weitere Integration von Schwellen- und Entwicklungsländern unter Anerkennung ihrer Interessen sowie der Schutz geistiger Eigentumsrechte sind voranzutreiben. Die Außenwirtschaftsförderung muss noch stärker auf die mittelständische Wirtschaft ausgerichtet werden;
 - Exportkredit- und Investitions Garantien als bewährtes Instrument der Außenwirtschaftspolitik fortzuführen und zu optimieren, um vor allem die technologieorientierte Exportwirtschaft bei der Erschließung schwieriger Märkte zu unterstützen. In der Exportkontrolle sind die Genehmigungsverfahren weiter zu beschleunigen und zu entbürokratisieren;
 - bei den Anstrengungen zum Aufbau Ost nicht nachzulassen. Die beschlossene Verlängerung der Investitionszulage für die neuen Länder ist zu begrüßen. Durch gezielte Förderprogramme wie die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ müssen vor allem in den östlichen Bundesländern neue Impulse für das verarbeitende Gewerbe, aber auch für die Entwicklung der Dienstleistungswirtschaft gesetzt werden. Die Innovations- und Forschungsförderung sowie die Förderung innovativer Netze sind weiterhin gezielt zu unterstützen. Die Investorenwerbung ist zu verbessern;
 - in der EU-Ratspräsidentschaft ab Januar 2007 intensiv dafür zu werben, die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit auf europäischer Ebene u. a. durch Weiterführung und zügige Umsetzung der industriepolitischen Initiativen der Europäischen Kommission zu verbessern sowie den Bürokratieabbau auf einzelstaatlicher und europäischer Ebene zu beschleunigen. Die deutsche Ratspräsidentschaft bietet dabei die Möglichkeit, zum Erfolg der Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Forschungspolitik auch in Deutschland beizutragen und den zielgerichteten und effizienten Erfolg der Lissabon-Strategie insgesamt zu sichern.

Berlin, den 20. September 2006

**Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion**

